

Spahn will Impftempo erhöhen

Seit gut zwei Wochen laufen in Deutschland die Impfungen. Doch zu Beginn gab es nicht nur bei der Opposition Unmut. Nach und nach soll die Impfkampagne nun Fahrt aufnehmen.

VON JÖRG RATZSCH UND DOROTHEE BARTH

Berlin – Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat nach Kritik am Start der Coronaimpfungen in Deutschland schrittweise mehr Tempo zugelegt und wirbt für eine breite Impfbereitschaft. „Die- se größte Impfkation unserer Geschichte ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, sagte der CDU-Politiker am Mittwoch im Bundestag. „Aber nicht über das Jahr hinweg die allermeisten der Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich impfen zu lassen, können wir das Virus wirklich besiegen.“

Der Minister räumte Verbesserungsbedarf bei Abläufen ein, verteidigte aber die gemeinsame europäische Beschaffung. Die Deutschland genug Impfstoff sichere. Die Opposition bemängelte den Impfstart und den generellen Krisenkurs.

„Situation wird spürbar besser“

Spahn sagte gut zwei Wochen nach dem Start der Impfungen, natürlich rückele es. Man hätte sich schneller machen und zwischen EU, Bund und Ländern besser funktionieren können. Für den teils als langsam empfundenen Regimie gebe es aber Gründe. Die Impfungen in Pflegeheimen seien aufwändiger. Nach und nach würden die Länder ihre Impfzentren in Betrieb nehmen und die Terminvergaben optimieren. „Im zweiten Quartal wird die Situation spürbar besser sein.“ Allein mit den beiden ersten zugelassenen Impfstoffen kön-



Hoffungsträger

KARIKATUR: TOMMEK

ne voraussichtlich im Sommer allen ein Impfangebot gemacht werden.

Spahn bekräftigte, dass das europäische Vorgehen auch

im nationalen Interesse sei. Ein Alleingang hätte schon wegen der wirtschaftlichen Verbindungen negative Folgen gehabt. Wichtig sei auch

die reguläre Zulassung in der EU, statt schnellerer Notzulassungen zu machen wie andere Länder. Denn bald werde die Impfbereitschaft in den

KOMMENTAR

Regierungserklärung von Jens Spahn SPD steht mit in der Verantwortung

VON FLORIAN QUANZ



Bei der Regierungserklärung eines Ministers ist die Wortmeldung des Koalitionspartners selten von Interesse. Bei der Regierung Debatte mit Gesundheitsminister Jens Spahn sah dies freilich anders aus. Die SPD hatte ihm mit einem Fragenkatalog unter Druck gesetzt. Der Frust über die holprige Pandemiebekämpfung sitzt tief.

Deshalb wurde mit Spannung auf den Auftritt von Bärbel Bas gebliebt. Die sozialdemokratische Gesundheitsexpertin mühte sich, auf

der einen Seite die Regierungsarbeit zu verteidigen, zugleich aber auch Kritik am Bundesgesundheitsminister zu üben.

Unbestritten: Jens Spahn ist mit Blick auf die vergangenen Monate nicht frei von Fehlern. Die Abläufe zwischen Bund und Ländern könnten wesentlich besser laufen. Die Terminvergabe in den Ländern für Impfkandidaten erst recht. Nur: Dieses Chaos haben die Landesregierungen zu verantworten – nicht Jens Spahn.

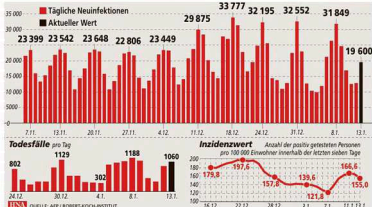
Dass auf europäischer Ebene zu wenig Impfstoff bestellt wurde für die erste Impfwelle, ist der erste Fehler in der Kette, und die Bundesregierung hätte in ihrer Ratpräsidentenschaft umsteuern können. Aber die SPD ist eben auch Teil der Regierung. Sie hätte vor Wochen als Koalitionspartner auf den Kauf von mehr Impfstoff drängen können. Nun den Schwarzen Peter alleine Jens Spahn zuzuschreiben, ist heuchlerisch. Das Versagen trägt nicht nur einen Namen. **flq/hna.de**

Drastische Maßnahmen auf Mallorca in Kraft

Palma – Trotz heftiger Proteste von Gastonomen und anderen Unternehmern sind auf den spanischen Urlaubsinseln Mallorca und Ibiza die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie drastisch verschärft worden. Seit Mittwoch müssen dort unter anderem alle Restaurants, Bars, Cafés und Fitnessstudios zunächst für zwei Wochen schließen. Zudem sind auch private Treffen von Menschen, die nicht im selben Haushalt leben, sowohl zu Hause als auch in der Öffentlichkeit verboten. Diese und weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens hatte die Regierung der Balearien am Montagabend wegen der anziehenden Infektionszahlen beschlossen.

Die Balearen hatten die Pandemie lange Zeit relativ gut im Griff. Seit Dezember wird die Lage aber immer be-

CORONA-FÄLLE IN DEUTSCHLAND



Hessens Sozialministerium meldete am Mittwoch 152 844 (+1551) bestätigte Corona-Infektionen. 3716 (+128) Menschen sind gestorben. Laut RKI sind 125 000 (+1800) Menschen in Hessen genesen. Niedersachsens Sozialministerium meldete 123 057 (+1562) Infektionen, 2466 (+48) Menschen sind gestorben, 100 894 (+1608) sind genesen.

Back rücken. „Wir werden auf der Strecke merken, dass wir das Vertrauen in die Sicherheit der Impfstoffe noch sehr brauchen werden.“ FDP-Chef Christian Lindner kritisierte, Logistik und Tempo des Auftakts seien beschränkt. Linke-Fraktionschefin Amira Mohamed Ali, sprach von einem verstoppten Impfstart. Zu Spahns Aussage, dass es anfangs ruckeln könne, fragte sie: „Wann hört es auf zu ruckeln?“ Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt monierte: „Es kann nicht sein, dass die Entlastung das Internet durchfluten muss, damit der 80-jährige Großvater einen Impftermin bekommt.“ Der AfD-Abgeordnete Sebastian Münzenmaier sprach von einem „Impfdesaster“.

Die mitregierende SPD machte erneut Verbesserungen an „Impfen retten Leben“, sagte Fraktionsvize Bärbel Bas. Daher müsse alles getan werden, an dieser Stelle besser zu werden. Fragen, die Spahn von SPD-Seite etwa zu Bestellungen oder Produktionskapazitäten gestellt wurden, seien „kein Wahlkampfgebot“. Redner der Union kritisierten dagegen den Fragenkatalog des Koalitionspartners.

Spahn warb um Verständnis, dass wegen hoher Infektionszahlen nach wie vor verschärfte Corona-Beschränkungen notwendig seien. Die Maßnahmen seien hart und stellen das Leben etwa in Familien und in Firmen auf den Kopf. „Aber: Wir müssen da jetzt gemeinsam durch.“ Es gelte, einander auch unter Stress zu vertrauen und sich nicht durch das Schüren von Ängsten auseinanderreiben zu lassen. Linke, FDP und Grüne kritisierten Verzögerungen bei Hilfen für geschlossene Firmen. Die AfD forderte, den „unverhältnismäßigen Lockdown“ zu beenden und stattdessen mehr Schutz von Bewohnern in Pflegeheimen.

sorgnisregender. Zeitweilig hatten die Inseln die höchsten Zahlen ganz Spaniens. Die Zahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohner binnen sieben Tagen lag am Mittwoch nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Madrid bei gut 304. Das ist fast so hoch wie in dem in Deutschland besonders betroffenen Bundesland Thüringen und wesentlich höher als im Durchschnitt Spaniens, wo dieser Wert bei knapp 254 lag. Die Lage in den Krankenhäusern ist entsprechend prekär.

Nach 640 Neuinfektionen binnen 24 Stunden näherte sich die Region mit knapp 1,2 Millionen Einwohnern am Mittwoch der Marke von insgesamt 42 000 Ansteckungen. Die Zahl der Menschen, die mit Covid-19 sterben, kletterte um 7 auf insgesamt 498.